



## Editorial

DKG-Hauptgeschäftsführer **Georg Baum**

# Keine Bequemlichkeit

**D**ie Regierung steht. Nach CSU, Grünen und SPD sind nun die Liberalen in der Verantwortung im Ressort Gesundheit, erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Der neue Minister, Dr. Philipp Rösler, ist Arzt und kennt sich in der Medizin und im Gesundheitswesen aus.

Bis zum Schluss wurde in den Koalitionsverhandlungen um die Grundsatzpositionen zur GKV-Finanzierung gerungen. Die zunächst wichtigste Festlegung war am Ende von allen Beteiligten am Koalitionstisch unbestritten: Die zu erwartenden Mindereinnahmen werden vom Schutzschirm des Bundeszuschusses gedeckt. Es wird nicht versucht, krisenbedingte Mindereinnahmen durch Kürzungen zulasten der Leistungserbringer oder der Versicherten wettzumachen. Die finanziellen Rahmenbedingungen für die Krankenhausfinanzierung im nächsten Jahr bleiben damit unverändert. Die durch die Konvergenzstreckung bedingten Lasten der Krankenhäuser laufen aus. Das schafft Planungssicherheit. Nach wie vor sind die Belastungen durch die Tarifsteigerungen 08/09 – fast 10 Prozent – nicht verkräftet. Die ohnehin nur als Obergrenze zur Verfügung stehende Zuwachsrate von 1,5 Prozent für die Landesbasisfallwerte im nächsten Jahr bedeutet für viele Kliniken das Verharren in der chronischen Unterfinanzierung. Krankenhäuser könnten keine Konsolidierungsbeiträge leisten.

Keine Aussicht auf Besserung bietet die Koalition bei den Krankenhausinvestitionen. Die Aufforderung an die Bundesländer, ihren Verpflichtungen nachzukommen, ist ehrenwert. Besser wäre die Auflage eines gemeinschaftlichen Finanzierungsprogramms. Dass dies angesichts der aus Steuermitteln auszugleichenden Deckungslücken im Fonds derzeit nicht erwartet werden kann, nimmt die neue Koalition umso mehr in die Pflicht, die Refinanzierungsmöglichkeiten der Krankenhäuser zu stärken. An dieser Stelle macht in Teilen des Landes der Satz im Koalitionsvertrag, „bundeseinheitliche Preise werden abgelehnt“, Sorgen. Damit könnte vielleicht aber auch gemeint sein, dass der im Gesetz verankerte Korridor auf Dauer erhalten bleiben soll.

Das Ziel einer Generalüberarbeitung der GKV-Finanzierung ist richtig und notwendig. Der Gesundheitsfonds löst das zentrale Problem der Abhängigkeit des Beitragsaufkommens von der Beschäftigung nicht ausreichend. Richtig ist auch, dass Gesundheitsleistungen mit Ausnahme des Krankengeldes

keinen direkten Lohnbezug haben. Würde es gelingen, eine Krankenkassenprämie mit Sozialausgleich über das Transferleistungssystem zu organisieren, könnten viele der strukturellen Schwächen des derzeitigen Systems überwunden werden. Die von den Koalitionspartnern vereinbarten Kriterien der Finanzierungsreform – eine Ordnung mit mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die sozial ausgeglichen werden – machen aber deutlich, dass noch viel über Details zu diskutieren ist.

Das Krankenhauskapitel im Koalitionsvertrag ist sehr komprimiert. Das muss nicht als schlechtes Zeichen gewertet werden. Was nicht festgelegt ist, ist offen und diskussionsfähig. Wichtig ist das Bekenntnis zur flächendeckenden und wohnortnahen stationären Versorgung und das Ziel, die ambulante/stationäre Verzahnung weiterentwickeln zu wollen. Mit schon deutlich mehr Feingefühl als in den Wahlprogrammen haben sich die Koalitionspartner und deren Flügel bei den ambulanten Krankenhausleistungen aufeinander zubewegt. In einer Gesundheitsreformkommission und einem anschließenden Gesetzgebungsverfahren lassen sich sicherlich noch viele Sachargumente einbringen. Gleiches sollte bei der vorgesehenen Begrenzung des Geschäftsanteils der Krankenhäuser von MVZ gelten. Einzig und allein die bestmögliche Versorgung der Patienten muss die Organisationsstrukturen bestimmen. Mehr Wahl- und Entscheidungsspielräume sieht der Koalitionsvertrag für Patienten und Versicherte ohnehin vor.

Die Ära der Gesundheitspolitik von Ulla Schmidt ist beendet. Von FDP und Union wird ein anderes Verständnis für die Belange der Leistungserbringer erwartet. Mit ihrem Bekenntnis zur herausragenden Bedeutung der Gesundheitswirtschaft für Wachstum und Beschäftigung machen die Koalitionspartner deutlich, dass sie diese Erwartung kennen. Sie sagen aber auch, dass Wettbewerb um Leistungen, Preise und Qualität gut für die medizinische Versorgung ist. Schwarz-Gelb verspricht somit keine Bequemlichkeiten, wohl aber faire Wettbewerbsbedingungen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Baum'.